

Episoden aus der Geschichte der Fachschaft Soziologie in Bern

Aus dem Artikel: „Universität - Brutstätte der Revolution oder unpolitischer Ausbildungsort?“ von Béatrice Vogel Acid im **Unikum 99** vom März 2003

Die Studentenbewegung ist schon lange tot, und was die wenigen Parteien, die es in der Hochschullandschaft noch gibt, so treiben, interessiert die meisten Studierenden herzlich wenig. Schlappe 13,5% der Studierenden haben den SR gewählt. Zu denken, dass daran nur die schwer auffindbaren Wahlurnen schuld seien, wäre wohl eine Illusion. Aber waren denn die Studis zur Zeit der berühmten Studentenbewegung wirklich soviel politischer?

Es fällt auf, dass es in den 60er und 70er Jahren Komitees und Arbeitsgruppen für alles und jedes gab. Von der studentischen Mitbestimmung in Universitätsgremien über Vorschläge zur Änderung des Lehrplans oder des Studienmaterials bis hin zu einem antiimperialistischen Komitee und einer Anti-AKW-Gruppe. Der Berner Student, Vorgänger des unikums, glich denn oftmals auch mehr einer linken Szenezeitung als einer Unizeitung im eigentlichen Sinn. Eine Studentenbewegung, oder Studentenunruhen, gab es in Bern verglichen mit der BRD nur «en Miniature». Trotzdem waren viele Studierende in der Jugendbewegung aktiv. Auch an der Uni waren viele nicht bereit, alles, was von oben herab bestimmt wurde, einfach so zu akzeptieren. Viele waren bereit, für ihre Ideale hohe Risiken einzugehen.

Kleine Chronik einiger Ereignisse

1968 wollten Professoren der heutigen Basis Fakultät das bestehende Studienreglement verändern. Zugleich wurden Auseinandersetzungen um studentische Mitsprache bzw. Mitbestimmung geführt. Als die Fakultät die studentische Mitsprache ablehnte, gipfelte der Konflikt in einer symbolischen Besetzung des Dekanats, wobei die Studierenden eine grosse Guillotine in den Uniräumlichkeiten errichteten: Darauf stand zu lesen: «Mit dieser Guillotine köpft die Fakultät am 19. Juni anno domini 1969 die Hochschulreform. Aber die Hochschulreform ist eine Hydra. Für jeden abgeschlagenen Kopf wachsen ihr zwei neue nach. Weiter denken – Särge schenken.» Die ausserordentliche Generalversammlung der Studierenden hatte beschlossen, das Dekanat als Grab auszuschnücken und die Berner Bevölkerung zur Besichtigung dieser Sehenswürdigkeit einzuladen. Diese Aktion zeigte Wirkung: Innerhalb relativ kurzer Zeit schrieben die Juristen ein Gutachten derart um, dass studentische Mitsprache nun doch möglich wurde. In der ersten Fassung desselben Gutachtens hatten sie nämlich festgehalten, studentische Mitsprache oder gar Mitbestimmung sei mit dem geltenden Gesetz nicht zu vereinbaren. Kurz darauf gewährten die Professoren den Studierenden das Recht auf Mitsprache.

«Falsche» Professoren werden berufen

1970 wurde erstmals das Soziologische Institut besetzt. Studierende protestierten gegen die unhaltbaren Zustände am Institut und gegen die Verschleppung der Berufung Jean Zieglers zum ausserordentlichen Professor. Unhaltbare Zustände hiess in diesem Fall, dass ein engagierter Prof aufgrund einer unbeliebten Publikation über den Vietnamkrieg das Institut verlassen musste. Er wurde durch einen Prof ersetzt, der nach eigenen Worten Bern als seinen Ruhestand betrachtete und entsprechend viele interessante Forschungsaufträge ablehnte.

Ebenfalls 1970 wurde der Philosophieprofessor Hans Heinz Holz, obwohl er bis über die Grenzen der Schweiz hinaus bekannt war, nicht habilitiert, weil er als Marxist galt. Die Studierenden des philosophischen Instituts verliehen ihrer Entrüstung durch einen Streik Ausdruck.

1973 wurde der Altphilologe Professor Rüegg an das Soziologische Institut berufen. Bei seiner Berufung durfte kein einziger Soziologe mitreden. Rüegg hatte nur eine einzige soziologische Publikation vorzuweisen, die zudem von seinem Assistenten geschrieben worden war. Dafür verfügte er über gute Beziehungen bis in den Bundesrat hinauf, und war auch politisch noch nie aufgefallen. Zudem hatte er an der Universität Frankfurt einen Ruf als starker Mann, der die Studierenden im Zaum halten könne. Ebenfalls berufen wurde Professor Blücher, der vorher als Offizier in der nationalsozialistischen Wehrmacht gedient hatte.

Institutsbesetzung zum Zweiten

1974 besetzten Studierende das Soziologische Institut zum zweiten Mal. Diesmal, um gegen die Berufung Rüeggs und Blüchers zu protestieren. Mit Hilfe von Polizeigrenadieren wurde das Institut geräumt, vier Studenten wurden als «Rädelsführer» vor Gericht gestellt. Als am Prozesstag der vier Angeklagten einige Studierende im Soziologischen Institut diskutieren wollten, waren die Polizeigrenadiere schon präsent und führten einen Teil der Diskussionswilligen gleich ab. Die vier «Rädelsführer» wurden zu 30 Tagen Gefängnis unbeding und 3 Jahre Landesverweis beziehungsweise zu 20 und 14 Tagen Gefängnis bedingt verurteilt. Der Prozess fand während den Semesterferien statt. Dementsprechend klein war der Protest der Studierenden, da viele in den Ferien oder bei den Eltern waren. Die unerwartete Härte der Strafen war auch darauf zurückzuführen, dass ein Exempel statuiert werden sollte. So meinte Gerichtspräsident Moser, die Tatsache, dass die Besetzung politisch sei, sei ein Grund zur Verschärfung der Strafen. Dies zeige, dass die Studierenden geplant vorgegangen seien und beinhalte Ansätze zu Hochverrat, Umsturz und Anarchie.

1978 sollten die Mensapreise von 3.70 auf 4 Franken erhöht werden. Mit einer Petition, die zwar unbeantwortet blieb, und einer Boykottandrohung wussten die Studierenden dies jedoch zu verhindern.

Proteste gegen neues Studienreglement

1978 wurden von Seiten der Fakultätsleitung der heutigen Wiso Fakultät – wieder einmal – erste Schritte zur Einführung eines neuen Reglements ergriffen. Die Studierenden kritisierten vor allem die darin enthaltene Verschulung des Studiums, die Möglichkeit, ungenügende Studierende vom Studium auszuschliessen, die am Ende jedes Semesters zu erbringenden Leistungsnachweise und die Tatsache, dass das Hauptstudium bereits nach 5 Jahren beendet sein müsse. Dieses Reglement hatte wohl auch zum Ziel, die (politischen) Studierenden zu zähmen. So lobte Professor Niehans die intensive Notenkonkurrenz unter den Studierenden sowie den Notendruck, die im amerikanischen Unisystem damals schon Realität waren. «Dementsprechend benehmen sich die Studenten ihren Professoren gegenüber meist recht gesittet und entschliessen sich nicht immer leicht zum Widerspruch.» Die Studierenden und AssistentInnen bereiteten einen Gegenentwurf vor, der jedoch von den Professoren nicht beachtet wurde. Ungefähr dreissig Studierende kamen ungefragt an eine Professorensitzung, um ihnen eine Petition zu überbringen. Die Professoren zeigten sich schockiert darüber, dass die Studierenden es wagten, ihre Sitzung zu stören, schenkten aber der Petition keine Beachtung. Nach mehreren anderen Protestveranstaltungen sowie einem Buttersäureanschlag auf die Uni, kam es schliesslich, am 29. und am 30. Juni 1979 zum Studierendenstreik mit Gegenveranstaltungen. Über diesen Streik hatten die Betroffenen vorher abgestimmt, das Ergebnis waren 80 Prozent Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 48 Prozent. Beim Streik ging es aber um mehr als nur dieses Reglement: Ganz allgemein forderten die Studierenden ein Recht auf Mitbestimmung. Der Streik fand auch bei Studierenden anderer Fakultäten breite Unterstützung. Studierende der phil.-hist.-Fakultät protestierten gegen den Abbau der studentischen Mitspracherechte, JuristInnen waren sauer über eine Berufung und die NaturwissenschaftlerInnen waren unzufrieden über die zunehmende Verschulung ihres Studienganges. Das Reglement wurde trotz des massiven Protests in Kraft gesetzt, wie StudentIn heute unschwer erkennen kann. Es waren jedoch nicht alle Studierenden glücklich über das massive politische Engagement ihrer KomilitonInnen. Die Gruppe «pro Uni» beispielsweise setzte sich für eine Abschaffung der Zwangskörperschaft der Studentenschaft, das heisst der SUB, ein. Die «pro Uni»-Mitglieder glaubten, so die Universität entpolitisieren zu können. Paradoxe Weise hatte die linke «Action Syndicale Universitaire Suisse » einige Jahre vorher die Zwangskörperschaften der Studierenden von Genf und Lausanne abgeschafft, allerdings mit dem (erreichten) Ziel, die Universitäten zu politisieren.

Waren StudentInnen unipolitischer?

Auch im Jahr 1978, als soviel «geprotestelt» wurde, lag die Stimmbeteiligung für die SR Wahlen unter 30 Prozent. Die Frage, ob Studierende politisch sind, hat also nicht unbedingt einen direkten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung und auch während Zeiten massivsten Protestes gab es Studis, die sich überhaupt nicht für Unipolitik interessierten. Aber dennoch: Wer würde sich heute noch die Zeit nehmen, einen Gegenentwurf auszuarbeiten, wenn ein neues, strengeres Studienreglement verabschiedet werden sollte? Wer würde sich noch aktiv darum kümmern, die Studieninhalte studentischen Bedürfnissen anzupassen? Wer würde versuchen, über eine drohende Erhöhung der Mensapreise nicht nur das Maul aufzureissen, sondern wirklich etwas dagegen zu tun? Die meisten Studierenden kommen doch gar nicht mehr auf die Idee, dass zum Beispiel ein Studienreglement nicht einfach vom Himmel fällt, sondern dass mensch versuchen könnte, sich dagegen zu wehren. Insbesondere, da ein neues Reglement ja bloss die zukünftigen, nicht aber die momentanen Studierenden betrifft. Vielleicht wurde die Universität früher mehr als Lebensraum und weniger als kurze Station auf dem Lebensweg angesehen, die mensch halt auch noch passieren muss. Oder die neuen Reglemente, die heute schon wieder alte Reglemente sind, haben das Ziel von Professor Niehans erreicht: Studierende heute haben wenig oder keine Zeit mehr, um sich unipolitisch zu engagieren.